

**Hauptversammlung
der LINKEN**
Sonnabend, 10.3., 9 Uhr
OSZ Bürowirtschaft II,
Marktstraße 2-3



„Beate wer?“

Von Dr. Gesine Löttsch, MdB

„Beate wer?“ fragen heute viele Jugendliche. Sie kennen Beate Klarsfeld nicht. Es ist ja auch lange her, seit diese Frau Kanzler Kiesinger auf einem CDU-Parteitag eine Ohrfeige gab und „Nazi, Nazi“ rief. Diese Ohrfeige ist im Bewusstsein der 68er Generation verankert. Für die einen war es ein Signal, endlich damit zu beginnen, den Faschismus in der Bundesrepublik aufzuarbeiten, für die anderen war der Schlag eine Majestätsbeleidigung. DIE LINKE hat sich wiederholt dafür eingesetzt, die Lebensleistung von Beate Klarsfeld mit einem Bundesverdienstkreuz zu würdigen. Ein Sozialdemokrat und danach ein Liberaler haben diesen Vorschlag abgelehnt.

Beate Klarsfeld kann gar nicht all die Auszeichnungen zählen, die sie inzwischen erhalten hat. Umso mehr ist sie enttäuscht, dass ihr Geburtsland ihre Leistungen nie gewürdigt hat. Das ist auch wirklich empörend!

Warum hat DIE LINKE Beate Klarsfeld für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagen? Natürlich wollen wir, dass ihre Lebensleistung gewürdigt wird. Es geht uns aber auch darum, dass wir in Europa eine Wertediskussion brauchen. Beate Klarsfeld steht für Mut, Zivilcourage und Demokratie. Sie hat das Staatsversagen bei der Verfolgung von Massenmördern nicht einfach hingenommen. Sie hat gegen die Regierung, gegen die Opposition, gegen Polizei und Justiz gekämpft und war mit der Überführung von Kriegsverbrechern, wie z. B. Klaus Barbie, erfolgreich. Beate Klarsfeld ist für viele Menschen ein Vorbild, auch weil sie eine Frau der Tat war und ist.

Spielball Jugendförderung?

Die BVV hat im Februar überraschend die Rücknahme der 10-prozentigen Kürzung bei der Jugendförderung beschlossen. Noch im Januar hatte die „Zählgemeinschaft“ – diese unheilige Allianz aus SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen – gegen einen solchen Antrag der LINKEN gestimmt. Jetzt schloss sie sich unserem Anliegen an. Dies ist vor allem ein Erfolg der Kinder und Jugendlichen. Sie haben erfahren, dass es sich lohnt, für ihre Interessen zu kämpfen. Dies stärkt ihr Vertrauen in die demokratischen Institutionen. Dabei wird DIE LINKE sie auch weiterhin unterstützen.

Umso empört sind wir über den Beschluss des Bezirksamtes, die Mittel für die Jugendarbeit im Jahr 2012 um 180 000 Euro und 2013 sogar um 701 000 Euro zu kürzen. Das muss rückgängig gemacht werden! War die Rücknahme der 10-prozentigen Kürzung bei der Jugendförderung in der BVV nur ein fieser Trick? Der Vorschlag der „Zählgemeinschaft“, den Kahlschlag bei der Jugendför-

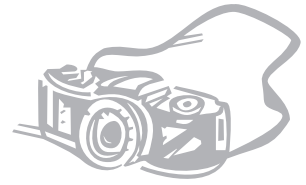
derung durch mehr Mittel bei der Jugendsozialarbeit und Familienförderung auszugleichen, muss in den regionalen und fachlich zuständigen Arbeitsgemeinschaften geprüft werden. Wir aber warnen vor dem Versuch, Jugendförderung gegen Jugendsozialarbeit und Familienförderung auszuspielen.

Wenn auch die „Zählgemeinschaft“ inzwischen die Notwendigkeit anerkennt, in sozial belasteten Wohnquartieren die Familien zu stärken, dann erwarten wir eine Zustimmung zu unserem Vorschlag zur Beibehaltung des Quartiersfonds. In der Januarsitzung des Hauptausschusses wurde unser Vorschlag vom SPD-Bürgermeister noch abgelehnt.

Die „Zählgemeinschaft“ ist aufgefordert, die unter Verantwortung der LINKEN aufgebaute Infrastruktur eines kinder- und familienfreundlichen Bezirkes beizubehalten!
Kerstin Zimmer, jugendpolitische Sprecherin;
Michael Grunst, haushaltspolitischer Sprecher der LINKEN in der BVV Lichtenberg

In dieser Ausgabe

- Gartenstadt Karlshorst (Seite 2)
- Lust zum Mitlaufen? Eine Anregung des Kulturring Berlin e.V. (Seite 3)
- Bürgerhaushalt ohne Bürger (Seite 4)
- Blick von unten: Bericht von der Basiskonferenz der LINKEN (Seite 5)
- Christa Luft zur Eurokrise (Seite 7)



Die Gartenstadt Karlshorst

Im Frühjahr 2012 startet eines der größten Wohnbauprojekte Berlins. Rund um die Zwieseler Straße sollen auf ehemals militärisch genutzter Fläche rund 1200 neue Wohnungen errichtet werden.

Es gibt einen Großinvestor, aber keinerlei Versuche, über Genossenschaftsmodelle oder andere Eigentumsformen auch Familien, die nicht zu den Gutverdienenden gehören, ein Wohnen in der geplanten Gartenstadt zu er-

kehrsanbindung sowie den zu erwartenden Bauverkehr und den Baulärm. Kritik auch zu Prof. Brenners „Idealbild“ der „Gartenstadt“. Einheitliche Dachformen, Dachziegel und Heckengestaltung sollen Gemeinschaft und Gleichheit suggerieren. Das ist eher ein Baustil des vergangenen Jahrhunderts. Preiswertes und innovatives Wohnen wird damit nicht erreicht. Auch die Barrierefreiheit war kein Kriterium für den Architekten. Dies

Foto: Martin Walter



möglichen. Schon ist vom „Luxus-Kiez“ die Rede. Das städtebauliche Konzept folgt dem von dem Briten Ebenezer Howard im Jahr 1898 entworfenen Modell der „Garden City“, so Prof. Klaus Theo Brenner, der für den Masterplan und für die gesamte Gebäudeplanung verantwortliche Architekt.

Unbefriedigend blieben die Antworten von Baustadtrat Nünthel (CDU) in der Infoveranstaltung am 9. Februar im überfüllten Saal des Deutsch-Russischen Museums. Dies betraf die jetzt schon schlechte Situation bei Kita- und Grundschulplätzen, die Ver-

Wüst sieht es noch aus an vielen Orten, aber das Neue zeigt sich schon überall.

wird auch bei den geplanten Grundrissen der Häuser und Anfragen an die Immobilienmakler deutlich. Dabei hat Berlin und auch Karlshorst einen großen Bedarf an barrierefreien (und auch bezahlbaren) Wohnungen. Das muss (neben ökologischen Fragen) die Herausforderung für Architekten und Planer in den nächsten Jahren sein!

Für den Bürgerverein Karlshorst sind Neukarlshorster willkommen. Das Gebiet an der Zwieseler Straße ist ein geeigneter Standort für Wohnungsneubau. Wie viele neue Wohnungen sind aber in diesem Gebiet verträglich? Spätestens bei der Infoveranstaltung wurde deutlich, dass die förmliche Bürgerbeteiligung bei einem solch großen Bauvorhaben nicht ausreichen wird und der B-Plan-Entwurf überarbeitet werden muss.

Deshalb fordert der Bürgerverein das Bezirksamt auf, kurzfristig einen Baubeirat unter Einbeziehung des Bürgerverein und weiterer Karlshorster zu bilden. *André Nowak*

KOMMENTIERT

Ein Schritt vorwärts, zwei zurück

Das Christian Wulff nun endlich ein Ex-Bundespräsident ist, schafft Erleichterung. Inzwischen ist nicht mehr zu leugnen, dass der Ehemalige von der Leine planmäßig das Ministergesetz umgangen, bewusst die Öffentlichkeit belogen und quasi in Salamischeibchen nur das zugegeben hat, was nicht mehr zu vertuschen war. Dass er in den Knast einrückt, ist kaum zu erwarten. Wohl aber „Ehren“sold und Dienstauto ...

Doch was kommt nun? Der quälende Abgang von Chris ist ja am Ende doch ein – wenn auch kleiner – Schritt nach vorn. Die Inthronisation des ehemaligen Großinquisitors ist es nicht. Auch wenn „Bild“ und Andrea Nahles ihn als „Präsidenten der Herzen“ feiern.

Denn was qualifiziert den ehemaligen Behördenleiter? Dass er nach der Wende um Ausgleich zwischen Ost und West bemüht war und das ganze Volk zusammenbrachte, was ein Bundespräsident immer wieder machen muss? Mitnichten. Selbstgerecht hat er die Gesellschaft in Gut und Böse gespalten, dem Westen pauschal das richtige sowie dem anderen Deutschland das falsche Leben attestiert und nach diesem schlichten Muster Rache geübt.

Nur sein eigenes Leben verklärt er tränenreich mit Legenden, die er wohl inzwischen selber glaubt. Anders ist seine gockelhafte Eitelkeit nicht zu deuten, mit der er unablässig den Anspruch auf Huldigung erhebt.

Die Volksbewegung gegen Bankenterror nennt er albern, Sarrazins Fremdenfeindlichkeit mutig, die Vorratsdatenspeicherung – weil vom demokratischen Westen betrieben – richtig, und soziale Gerechtigkeit erwähnt er nicht, weil wir ja die Freiheit haben. Zeigen wolle er „allen Menschen, in welchem guten Land wir leben“. Gibt es eigentlich einen IQ-Test für künftige Bundespräsidenten? Und dennoch glauben zwei Drittel der Deutschen, dass der Rache-Pastor ihr würdiger Präsident werden wird. Zehn Deutsche – resignierte einst Heiner Müller – sind eben dümmer als fünf Deutsche ...

Peter-Rudolf Zolt

Zum 8. März

„info links“ gratuliert seinen Leserinnen herzlich zum Internationalen Frauentag. Mögen sie ihre Beharrlichkeit und Entschlossenheit bewahren, mit der sie für die soziale und rechtliche Gleichstellung der Geschlechter in dieser Gesellschaft eintreten. Wir linken Männer werden sie dabei nach Kräften unterstützen.



Lust zum Mitlaufen?

Anregungen aus dem Kulturring Berlin e. V.

„Erbitterte Kämpfe ... für die Erfüllung kommunaler und sozialer Aufgaben eines ... großen Gemeinwesens“. So kennzeichnete das „Tageblatt“ vom 18. Mai 1917 das Wirken des Lichtenberger Kommunalpolitikers Gustav Kielblock (1843–1917). Was Sonja Klöden vom Kulturring Berlin bei ihren „Geschichte(n) im Studio“ oder unterwegs auf „Stadttour“ in Lichtenberger Kiezen aus vergangenen Jahrhunderten darzustellen weiß, ist höchst aktuell.

Kommunales Kaufkraftbeispiel

Denn bereits vor hundert Jahren vermochte der 25 Jahre als Gemeindegeschöffe und Stadtrat tätige Bezirksschornsteinfegermeister Kielblock mit „taktvoller Haltung und geschicktem Eingreifen“ Privatunternehmen auf Gemeinnützigkeit zu verpflichten. Seine Vertragsverhandlungen mit privaten Gaslieferfirmen bei Einführung der Gasbeleuchtung im März 1890 bewirkten die nachfolgende Übertragung der Gasanstalt am Wiesenweg auf die Gemeinde Lichtenberg. Auch der Bauvertrag für das 1891 privat errichtete Friedrichsfelder Wasserwerk am Triftweg ermöglichte der Gemeinde 1899 dessen Kauf und kommunalen Betrieb.

Lebendige Aha-Effekte

Bei den heute gegenüber privaten Wasser- und Energieversorgern um Wiedererlangung gemeinnütziger Verfügung ringenden Berlinern wird dies vielleicht ein müdes Lächeln hervorrufen; zu unterschiedlich scheinen Dimensionen und Durchführbarkeit. „Aber der Aha-Effekt“, so stellt Sonja Klöden bei ihren Führungen und Studiogesprächen immer wieder fest, „hat vielleicht auch motivierende Aspekte. Mag der Namenszug Kielblock am Grabmal auf dem Friedhof Gotlindestraße inzwischen verblasst sein, Idee und Tun des Kommunalpolitikers scheinen lebendig zu bleiben“.

Soziokulturelle Kompetenz

Der „Kulturring in Berlin“ mit seinen 14 Standorten von Spandau bis Hellersdorf hat sich denn auch das Ziel gestellt, mit dem Interesse für Kultur, Kunst, Wissenschaft, Natur und Heimat das Engagement der Bürger bei der Gestaltung ihres Zuhauses anzuregen und zu unterstützen. Dafür stehen z. B. die Teilnahme des Kulturrings mit seinen Projekten und Aktivitäten beim jährli-



Foto: Joachim Pampel

chen Deutsch-Russischen Fest auf der Trabrennbahn in Karlshorst oder die Kochkunst im Kieztreff Falkenberger Bogen. Zur soziokulturellen Substanz Berlins trägt der Kulturring u. a. mit zehn Medienpoints bei, in denen von Steglitz bis Pankow Bücher, Platten, CDs gesammelt und kostenlos an Interessenten abgegeben werden, die sich wegen ihres schmalen Geldbeutels nicht viel Lesestoff leisten können.

Allein der vom Kulturring herausgegebene „Kulturführer Berlin“ (www.kulturfuehrer-berlin.de, Redaktion: Giselastraße 12) listet allein für den Bezirk Lichtenberg 145 Orte der Begegnung, Kunst und Kultur auf.

Freiwillige vor!

„Das Faszinierende der Kultur“ ist, so sagen es Kulturring-Geschäftsführer Ingo Knechtel und Projektleiterin Antje Mann, u. a. „das, was uns mitnimmt, die Lust weckt, zum „Dialog mit anderen“ ... „das Provokante ... und Fordernde, das den Anspruch erhebt, mitzureden, sich einzumischen und Veränderung anzuregen“, auch, „was in uns die Lust weckt, im Dialog mit anderen zu uns selbst (zu) finden“.

Mit Hilfe des seit Mitte 2011 installierten Bundesfreiwilligendienstes kann der Ring nun auch freiwillige Mitwirkung in kulturellen Vorhaben fördern. „Freiwillige im Alter von 23 bis 99 Jahren, die z. B. im Lichtenberger Studio Bildende Kunst Kindern eine Galerie erklären möchten, oder im Bildungs-

Historikerin Sonja Klöden am Grabmal Kielblocks auf dem stillgelegten Friedhof an der Gotlindestraße. Den Lesern der „info links“ ist sie auch als regelmäßige Zustellerin in Alt Lichtenberg bekannt.

zentrum Rosenfelder Straße einem heimatgeschichtlichen Thema nachgehen möchten, werden gesucht. Mitmachen können alle: Studierende oder Absolventen, Menschen im erwerbsfähigen Alter, auch im ALG-II-Bezug, Erwerbsunfähige und Rentenbezieher. Alle erhalten ein Taschengeld, das sich nach der vereinbarten Wochenarbeitszeit (Minimum 20,5 Std.) richtet. Für die Einsatzzeit zwischen 6 bis höchstens 18 Monaten wird eine Vereinbarung abgeschlossen.

Joachim Pampel

● **Infos:** Antje Mann, Telefon: 51 48 97 36

Kultur-Spaziergänge

Anmeldungen bitte im Studio Bildende Kunst unter Telefon: 553 22 76.

- **24. März, 11 Uhr:** Stadtpark Lichtenberg: Bekannte und unbekannt Kunstwerke entdecken
- **21. April, 11 Uhr:** Führung durch den neu geschaffenen Park des KEH und das Museum „Kesselhaus“
- **12. Mai, 11 Uhr:** Auf den Spuren des Architekten Blankenstein
- **23. Juni, 11 Uhr:** „Wo einst die Roederbahn fuhr“. Spaziergang entlang der ehemaligen Industriebahn.



Bürgerhaushalt ohne Bürger

So wäre es dem Lichtenberger Bürgermeister Andreas Geisel (SPD) am liebsten. Die „Zählgemeinschaft“ möchte den Bürgerhaushalt marginalisieren. So steht es natürlich nicht in ihrer Vereinbarung – nein, Bürgerwünsche sollen ernst genommen und mehr Bürger am Haushalt beteiligt werden.

Deshalb veranstaltete der Bürgermeister am 25. Februar einen Workshop, zu dem er ganze 30 Leute eingeladen hatte, die zum Großteil den Lichtenberger Bürgerhaushalt

weder kennen noch erlebt haben. Um den geplanten Workshop für die Lichtenberger zu öffnen, hat die Linksfraktion mit den Piraten einen entsprechenden Antrag in die BVV am 16.2. eingebracht. Die „Zählgemeinschaft“ schob den Antrag in den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, wohl wissend, dass dann der Workshop längst vorbei sein wird.

Das konnte sich DIE LINKE nicht gefallen lassen; sie rief deshalb zur Teilnahme am Workshop auf, so dass knapp 60 Menschen

teilnahmen. Herr Geisel beklagte in seiner Eingangsrede das Nichtfunktionieren des ganzen Verfahrens. Die in vier Arbeitsgruppen aufgeteilten Teilnehmer dagegen trugen positive Argumente und Verbesserungsvorschläge zusammen.

Es gab keine grundsätzliche Kritik am Bürgerhaushalt und seinem Verfahren. Die verschiedenen Wege der Beteiligung und der Votierungstag wurden gelobt. Kritik fand die Kommunikation zwischen den Organisatoren, die Öffentlichkeitsarbeit, die Dokumentation der Vorschläge und ihre Umsetzung sowie das geringe Interesse vieler Bezirksverordneter.

Zum Ende des Workshops versuchte Herr Geisel, die Teilnehmer zu überreden, das Verfahren in seiner zeitlichen Ablaufstruktur grundsätzlich zu ändern. Argumente dafür brachte er nicht.

Am 20. April soll ein nächster Workshop stattfinden. Er soll grundsätzliche Änderungen des Verfahrens verabreden. Auch hier ist eine breite Diskussion nicht vorgesehen. Egal, wir gehen trotzdem hin.

Die BVV wurde übrigens bis heute nicht über die geplante Evaluierung vom Bezirksamt informiert und ist nicht am Konzept beteiligt.

Hendrikje Klein, Sprecherin der LINKEN für Beteiligungspolitik

Die Bürger wollen die „Reform“ ihres Haushaltes nicht allein der Verwaltung überlassen.



Foto: Hendrikje Klein

Neues aus der BVV

Spannend und emotionsgeladen war die Tagung der Bezirksverordnetenversammlung am 16. Februar. Dies ließ schon die Tagesordnung erahnen. Unter anderem ging es um die Überprüfung der Lichtenberger Verordneten auf eine frühere Stasi-Mitarbeit und um die erste Lesung des Entwurfes des Bezirkshaushaltsplanes für die Jahre 2012/2013.

Die Bezirksverordneten wurden von vielen Kindern und Jugendlichen begrüßt, die gegen die Kürzung im Bereich der Jugendarbeit protestierten. Sie führten dazu ein kurzes Programm auf, das allerdings akustisch nicht alle Zuhörer erreichte.

Die Piraten setzten eine namentliche Abstimmung der Vorlage mit den Vorschlägen zum Bürgerhaushalt 2013 durch.

Die meisten Emotionen rief die erste Lesung des Haushaltsplanes für die Jahre 2012/2013 hervor. Die „Zählgemeinschaft“ meinte, ihr Haushaltsplanentwurf sei ausge-

glichen. Sein Kern sei die zentrale Forderung nach einem kinder- und familienfreundlichen Bezirk.

Die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE waren und sind allerdings anderer Meinung. Denn im Vergleich zum letzten Haushaltsplan 2011 wurden in vielen Bereichen die finanziellen Mittel gekürzt: Der Medientat der Bibliotheken wurde halbiert, die Gebühren für die Musikschulen werden erhöht und auch die Angebote für die Jugendarbeit sollten gekürzt werden.

Deshalb setzen sich die LINKEN dafür ein, den Kahlschlag bei den Bibliotheken, in der Jugendförderung und der sozialen Infrastruktur zu verhindern. Inzwischen scheint der energische Protest der Jugend erste Früchte zu tragen ...

Der Haushaltsplan für die Jahre 2012/2013 soll nun am 22. März in einer Sonder-sitzung der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen werden. Soll so die lästige Diskussion des Haushaltes abgekürzt werden?

Ingebog Görtsdorf, Bezirksverordnete

„Man hat sie umgebracht“

Der VVN/BdA hat es sich zur Aufgabe gemacht, an die Frauen und Männer zu erinnern, die sich dem Nazi-Regime widersetzen. So ehrte er am 22. Februar in Schönow und Lichtenberg gemeinsam mit ihrer jüngsten Tochter die Arbeiterin Elli Voigt zu ihrem 100. Geburtstag.

Berichte über das kurze Leben von Elli Voigt, die zur Saefkow-Jacob-Bästlein-Gruppe gehörte, und wie Frauen zum Widerstand kamen, bestimmten die kleine Gedenkfeier, an der in Schönow 200 und in Lichtenberg 40 Personen teilgenommen haben. Eingebettet war alles in wunderbare Töne von Bach, Luigi Nono und Mikis Theodorakis. Gina Pietsch sang sein Lied der Lieder, in dem es heißt: „... man hat sie fortgebracht und keiner weiß, wie schön sie ist ...“

Elli Voigt wurde am 8. Dezember 1944 in Plötzensee enthauptet.

G. Lingenberg

Ein Blick von unten

Die Basiskonferenz am 11. Februar war sehr gut besucht. Die beiden stellvertretenden Vorsitzenden als Versammlungsleiter waren davon offensichtlich überrascht, denn sie räumten gleich zu Beginn freie Redezeit ein.

Zu Beginn sprach Gesine Löttsch von den Krisen des Kapitalismus, deren „Mainstream-Erklärer“ nichts klar machen, sondern nur die Köpfe und die Herzen der Menschen vernebeln. Dagegen helfe nur eine solidarische Gesellschaft, die wir ausführlich in unserem Programm benennen, aber die wir auch leben müssen. Setzen wir unsere Themen in konkrete „Referenz“projekte um, appellierte sie, und verbinden wir sie mit unseren Werten: Freiheit, Würde und Solidarität. Vergessen wir dabei unsere Traditionen nicht, leben wir sie ...

Peter-Rudolf Zotl sagte zum Papier der AG Wahlanalyse – es wurde nach der Pause in drei Arbeitskreisen diskutiert – daraus solle „eine Beschlussvorlage wachsen, die künftig die struktur- und organisationspo-

litischen Voraussetzungen verbindlich sichert“, um unsere Politik besser vertreten zu können.

Danach meldete sich die „Basis“ zu Wort. Die Rednerliste riss nicht ab. Die unbegrenzte Redezeit stellte unser aller Geduld auf die Probe. Was hatte sich der Vorstand nur gedacht? Dass nur wenige kommen, dass kaum einer reden will? Das Gegenteil war der Fall! Die „Basis“ machte sich Luft. Wann hat sie schon mal Gelegenheit dazu? Sie „fühlt“ doch die „Enge“ ihrer BOs. Die „Funktions-träger“ haben ihre Diskussions-Gremien, bei ihnen schien die Luft längst „raus“ zu sein. In den drei Arbeitskreisen wurde weiter diskutiert. Auch hier wieder das Erstaunen der „Moderatoren“ über die vielen Wortmeldungen zum einen, und zum anderen der nachdrückliche Wunsch der Basis nach Kontrolle der künftigen Beschlüsse.

Deutlich wurde: Die „Basis“ wird solche Konferenzen in Zukunft vom Vorstand eher einfordern müssen, anstatt sie sich von „Väterchen“ Vorstand „einräumen“ zu lassen.

Marga Voigt



Foto: Silke Wenk

Das war doch mal was!

DIE LINKE Lichtenberg rief ihre Mitglieder zur Basiskonferenz und viele kamen. Es lag ein Hauch von Frühling und Aufbruch in der Luft. Viele Genossen wollten sprechen und zur Verbesserung der Parteiarbeit beitragen. Sie sprachen zur Wahlniederlage im September, zum Wassertisch, zu Mieten und Mietsteigerungen. Weiterhin wurde zum Zustand und Arbeitsvermögen der Basisorganisationen, zu kommunalpolitischen Themen wie die Eröffnung der Schwimmhalle Sewan-

straße gesprochen. Ergebnis der Diskussion in Arbeitskreisen ist ein 10-Punkte-Papier als Beschlussvorlage für die Hauptversammlung. Seine Hauptaussage: Die Partei ist kein Wahlverein, sondern eine arbeitende Mitgliedervereinigung, die in der Gesellschaft tätig ist und mit ihren programmatischen Vorstellungen an der Veränderung der Gesellschaft mitwirkt.

Dr. Manfred Meineke,
Mitglied des Bezirksvorstandes

- **Foto:** Volles Haus bei der Basiskonferenz: Linke Politik kann auch spannend sein.

Veranstaltungen

- **Sonnabend., 10.3., 9 Uhr**
3. Tagung der 3. Hauptversammlung; OSZ Bürowirtschaft II, Marktstraße 2–3, Eingang Schreiberhauer Straße
- **Sonntag, 11.3., 11 Uhr**
Gedenken an die Märzgefallenen 1919; „Blutmauer“, nahe Rathaus Lichtenberg, Möllendorffstraße 6
- **Montag, 12.3., 18 Uhr**
Einwohnerversammlung zur Aufstellung des Bezirkshaushalts 2012/2013, mit Bürgermeister Andreas Geisel (SPD); Rathaus Lichtenberg, Ratssaal
- **Dienstag, 20.3., 19 Uhr***
Tagung des Bezirksvorstandes
- **Montag, 26.3., 18 Uhr**
„Armut in einem reichen Land“, wie das Problem verharmlost und verdrängt wird, aus der Reihe „geDRUCKtes“, mit Dr. Gesine Löttsch (MdB) und Christoph Butterwegge; Karl-Liebke-Haus, Kleine Alexanderstraße 28
- **Dienstag, 27.3., 18.30 Uhr***
AG Politische Bildung: „Rechtsextremismus aktuell – Ursachen und Hintergründe seiner Entwicklung in der BRD“, Vortrag und Diskussion mit Gerd Wiegel, MA der Bundestagsfraktion

Veranstaltungsort: * Alfred-Kowalke-Straße 14

NO-NPD

Die BO 52 (Mellenseestraße) begrüßt den Aufruf des Lichtenberger Bündnisses für Demokratie gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Sie unterstützt die Räumungsklage des Vermieters gegen die Neonazis in der Lückstraße 58 mit einer ersten Spende von 82,50 Euro, überwiesen an das „Bündnis Lichtenberg“ Konto 314 69 07, Bank für Sozialwirtschaft, Bankleitzahl 100 205 00.

Sprecherrat Mellensee-Dolgensseestraße

„info links“ braucht Eure Spende!

Genossen der BO 47 spenden schon seit Jahren 10 Euro pro Mitglied für unsere „info links“ – also einen Euro pro Ausgabe. Wenn alle Genossen diesem guten Beispiel folgten, könnte davon die Jahresproduktion der Zeitung bezahlt werden. Schließt Euch diesem Beispiel an, bittet die Redaktion.

Frischluftschleuse und Abgasschleuder

Das Dorf Falkenberg und die Barnim-Landschaft sind die „Frischluftschleuse“ für den Berliner Nordosten sowie eine gern genutzte Naherholungsgegend. Nicht wenige nehmen eine weite Anreise auf sich, was aber durch die gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln erleichtert wird. Doch wer vormittags und ab dem späteren Nachmittag



Foto: privat

Falkenberg besucht, erlebt genau das Gegenteil von Frischluft und Erholung, denn ganze Blechlawinen wälzen sich durch das Dorf. Berufsverkehr, Einkaufs- und Tagestourismus verlangen einen hohen Preis, einen zu hohen, wie wir meinen.

Landschaftspark Barnim

Das Dorf Falkenberg gehört zum Lichtenberger Wahlkreis 1, den Evrim Sommer am 18. September 2011 erneut direkt gewonnen hat. Am 29. Februar besuchte die Abgeordnete Falkenberg und machte sich mit hiesigen Problemen vertraut. Dieser Tag bildete den Auftakt einer Serie von ganztägigen Besuchen in jeder Region ihres Wahlkreises.

Das erste Gespräch fand im Förderverein des Landschaftsparks Nordost statt, der viel zur Kultivierung und Pflege des Barnimparks leistet. Heute hat die Mehrheit der Falkenberger Bürger die ökologische Funktion ihres Dorfes als entwicklungspolitischen Vorteil akzeptiert, doch das dauerte. Wäre es jetzt nicht an der Zeit, so Evrim Sommer, die vie-

len umweltpolitischen Aktivitäten von unterschiedlichen Trägern im Dorf zu koordinieren, um so zu noch wirksameren Ergebnissen zu gelangen?

Tierheim, INU, Coca Cola

Danach besuchte Evrim Sommer den Berliner Tierschutzverein im Tierheim Falkenberg. In Berlin ist Tierschutz zwar ein Verfassungsgrundsatz, aber jetzt müsse es auch um strengere Regelungen für die Haltung und die Züchtung von Haustieren gehen. Es ist

Evrim Sommer (rechts) und Stephanie Eschen, Pressesprecherin des Tierschutzvereins, im Tierheim Berlin. Der Hund wartet seit 2006 voller Vertrauen darauf, in einem netten Zuhause aufgenommen zu werden.

aber auch seit Jahren ein unhaltbarer Zustand, dass Tierschutzverein und Tierheim Aufgaben für das Land erfüllen, ohne dafür finanziell in die Lage versetzt zu werden. Evrim Sommer versprach, sich für die Lösung dieser Probleme zu engagieren.

Eine weitere wichtige Falkenberger Institution ist das Infrastrukturelle Netzwerk für Umweltschutz INU mit dem Speziallabor für Bodenproben. Dessen Standort ist gefährdet, weil der Liegenschaftsfonds die Immobilie, in der einst die Mutter beider Humboldt-Brüder lebte, zum Verkauf ausgeschrieben hat. Evrim Sommer versprach, sich in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung für den Erhalt des Standorts zu verwenden.

Am Nachmittag besuchte Evrim Sommer die Coca-Cola-Niederlassung, den größten

Arbeitgeber der Region. Hier arbeiten fast ausschließlich Menschen aus dem Bezirk und dem Umkreis. Evrim Sommer erfuhr vom großen lokalen Engagement und über die sehr gute Zusammenarbeit von Coca Cola mit der Bezirksverwaltung, namentlich mit Stadtrat Dr. Andreas Prüfer (DIE LINKE). Aus diesem Besuch erwuchs kein spezieller Auftrag, was wohl als Lob für linke Wirtschaftspolitik zu werten ist.

Mit Bürgern im Gespräch

Am Abend fand ein von Evrim Sommer moderiertes Bürgerforum mit Christina Emmrich (DIE LINKE, Bezirksstadträtin für Jugend und Gesundheit), Wilfried Nünthel (CDU, Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr) und Prof. Dr. Jürgen Hofmann (DIE LINKE, Vorsitzender des BVV-Ausschusses für ökologische Stadtentwicklung) statt. Vorwiegend kamen Probleme mit dem übermäßigen Durchgangsverkehr zur Sprache.

Evrim Sommer verließ am späten Abend das Dorf Falkenberg mit einem gut gefüllten Auftragsbuch. Dessen Posten werden nun zügig abgearbeitet, und die Einwohner werden darüber zeitnah informiert. Zugleich empfahl sie zu überlegen, ob im Dorf nicht ein Bürgerverein oder ein Dorfkativ die örtlichen Interessen effektiver und vor allem gemeinsam durchsetzen würde. Hier bot sie ihre Unterstützung bei einem Erfahrungsaustausch z. B. mit dem Bürgerverein im Dorf Malchow an. *Peter-Rudolf Zoltl*

Bürgersprechstunden

- **Evrim Sommer**, Wahlkreis 1, ☎ 23 25 25 59, Mittwoch, 28.3., 15 Uhr, Seniorenheim, Woldegker Straße 5
 - **Wolfgang Albers**, Wahlkreis 2, ☎ 23 25 25 51, nach Vereinbarung
 - **Marion Platta**, Wahlkreis 3, ☎ 23 25 25 50, Donnerstag, 15.3., 17 Uhr, LiBeZem, Rhinstraße 9
 - **Sebastian Schlüsselburg**, Wahlkreis 4, ☎ 0163/588 1205, Montag, 28.3., 18 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38
 - **Katrin Lompscher**, Wahlkreis 5, ☎ 23 25 25 08, Montag, 12.3., 18 Uhr, IKB Münsterlandstraße 23
 - **Harald Wolf**, Wahlkreis 6, ☎ 23 25 25 07, nach Vereinbarung
- Wir kommen auch gern zu BO- oder Kiezveranstaltungen. **Ladet uns ein!**

Fakten versus Stammtischparolen

Prof. Dr. Christa Luft zu den Themen Griechenland und Krise in der Eurozone

„Bild“ titelte am 17. Februar: „Schmeißt die Griechen endlich aus dem Euro“! Der Stammtisch jubelt. Abgesehen davon, dass für einen Rauswurf die rechtliche Basis fehlt, wäre aber damit in der Eurokrise kein Problem gelöst. Ja, Griechenlands Schlampereien in der Verwaltung (Rentenzahlung an Verstorbene, jährliche Steuerhinterziehung von 40 bis 50 Milliarden Euro) frustrieren; auch Korruption und ein überbesetzter öffentlicher Dienst. Die US-Bank Goldman-Sachs hatte den Hellenen geholfen, ihre Bilanzen zu frisieren, um grünes Licht für den Eintritt in den Euro-Club zu erhalten. Bekannt sind diese Fakten seit langem, doch sind sie nicht Ursache für die Krise in der Eurozone.

Konstruktionsfehler des Euro

Die liegt in Konstruktionsfehlern der Gemeinschaftswährung. Ihre Einführung war an drei Kriterien gebunden: Jährliche Neuverschuldung des beitrittswilligen Landes nicht über drei Prozent, Gesamtverschuldung nicht über 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, Inflation etwa bei zwei Prozent. Diesen wichtigen Bedingungen fehlt allerdings jeglicher realwirtschaftliche Bezug. Gefragt wurde nicht nach der Arbeitslosenquote, dem wissenschaftlich-technischen Potenzial, nach internationaler wettbewerbsfähiger Strukturen oder der Außenhandelsbilanz. In neoliberalerem Verständnis sollte der Markt die zum Teil gravierenden Unterschiede auf solchen Gebieten ausgleichen. Auf eine Koordinierung grundlegender Politikbereiche im Sinne einer Wirtschaftsregierung wurde verzichtet. Auch fehlen Haftungsregeln in der Währungsunion. Die Pleite eines Mitgliedslandes war außerhalb der Vorstellungen.

Nun gibt es eine Währung für 17 sehr differenzierte Länder mit 17 Regierungen und 17 Parlamenten. Da treten nationale Interessen, auch Egoismen zutage.

Denn was passiert, wenn Länder nicht mehr eigenes Geld, sondern eine gemeinsame Währung haben? Erstens verlieren sie den Wechselkurs, mit dem sie ihre Währung abwerten könnten, um Schwächen in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit auszugleichen. Das verbilligt die eigenen Waren für ausländische Käufer. Seit Wegfall dieses Anpassungsinstruments erhöhten die wettbewerbsschwächeren Euro-Südländer die Löhne weitaus stärker als es der Produktivi-

tätsentwicklung entsprach. Das bremste ihren Export. Das Gegenteil in wirtschaftlich stärkeren Ländern: Deutschland betrieb über ein Jahrzehnt Lohnzurückhaltung, erhöhte die Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten der Beschäftigten, die Exporte verbilligten sich und boomten. Außenhandelsungleichgewichte nahmen in der Eurozone zu. Die Exportüberschüsse der einen wurden mit Krediten, also Verschuldung der importierenden Länder bezahlt.



Zweitens bekamen Länder mit eigener Währung je nach Bonität Kredite am Kapitalmarkt zu unterschiedlichen Zinsen. Mit der Gemeinschaftswährung näherten sich die Zinsen an, schwächere Länder kamen billiger an fremdes Geld und nutzten das für umfangreiche kreditfinanzierte Investitionen, auch für teure private Anschaffungen. Notwendige Reformen wurden verschleppt. Die Schulden stiegen steil an (in Griechenland auf über 160 Prozent, gemessen am BIP). Deren Bedienung wurde nach Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008, dem folgenden Konjunktüreinbruch und rückläufigen Steuereinnahmen schließlich unmöglich. Betroffen sind neben Griechenland vor allem Portugal und inzwischen auch Italien und Spanien.

Demokratie wird ausgehöhlt

Es zeigt sich: Der Euro war primär ein politisches Projekt, dem der erforderliche Druck zur realwirtschaftlichen Angleichung der Länder fehlt. Er sollte – ein hehres Ziel – den Frieden zwischen den Mitgliedern der Währungsunion festigen. Inzwischen zeigt sich, dass Missstimmungen, gar Feindseligkeiten zunehmen, weil Finanzhilfen seitens der stärkeren Staaten für die Krisenländer an schärfste Spardiktate für die breite Be-

völkerung geknüpft sind, nur der Bankenrettung dienen statt Wirtschaft und Beschäftigung anzukurbeln. Obendrein wird die Demokratie ausgehöhlt. Deutschland mit einem Finanzierungsanteil von 27 Prozent an den bisherigen Rettungspaketen besteht mit Frankreich auf drastischen Auflagen für die „Nehmer“länder. Es droht zum Hassobjekt zu werden. Hellenen sprechen schon vom „Finanznazitum“.

Auffällig an den Spardiktaten ist die Reichenschonung. In Griechenland besitzen 2000 Familien 80 Prozent des Vermögens. Die EU sieht zu, wie die ihr Geld außer Landes bringen, statt auf dessen Nutzung für Investitionsankurbelung im eigenen Land zu drängen. Von Besteuerung großer Vermögen keine Spur!

Da ist Deutschland negatives Vorbild. Es verzichtet trotz eigener hoher öffentlicher Verschuldung (80 Prozent des BIP) selbst auf die Erhebung der Vermögensteuer. Auffällig auch, dass die kostspieligen Rüstungskäufe Griechenlands und Portugals nicht moniert werden. Hier ist Deutschland ebenfalls Hauptnutznießer.

Die Finanzhilfen für Griechenland haben für das Land keine Besserung gebracht. Sie generieren keine Wirtschaftserholung als eine Aussicht auf Schuldenabbau. Auch der jüngst beschlossene Fiskalpakt leistet dazu keinen Beitrag. Er konserviert die gescheiterte Ideologie: Der Markt wird es richten. Ein Schuldenschnitt, der die Zinslasten reduzieren würde, kommt nicht voran.

Es gibt aber zu einem Stabilisierungskurs mit Hilfe von EZB-Krediten, einer Art Marshall-Plan, und einem Euro-Finanzausgleich keine Alternative. Die vom Stammtisch herbeigewünschte Staatspleite Griechenlands kann zu unkontrollierbaren politischen Eskalationen und finanziell unabsehbaren Folgen im Euroraum führen.

Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar über

- Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 99 27 07 25, oder im Bundestag, ☎ 22 77 17 87; E-Mail: gesine.loetzsch@wk.bundestag.de
- **Sprechstunde:** 14. März, 17 Uhr, Bürgerbüro (Bitte anmelden!)

Ihr Newsletter kann bestellt werden auf www.gesine-loetzsch.de. **Ladet sie in Basis- und Bürgerveranstaltungen ein!**



Ohne Frauen kein Erfolg

Was wären Kunst und Kultur ohne Frauen? Gerade die Lichtenberger Kulturlandschaft ist undenkbar ohne ihre Künstlerinnen, Galeristinnen und Kuratorinnen: Da ist das „studio im Hochhaus“ in Hohenschönhausen, geleitet von Brigitte Graf, die „Galerie 100“ in der Konrad-Wolf-Straße mit ihrer Leiterin Marion Lorenz oder das „Mies-van-der-Rohe-Haus“ am Obersee, geführt von Frau Dr. Wita Noack. Aber das ist nicht alles: Es gibt die „galerie im ratskeller“ oder auch das alte und das neue Kulturhaus in Karlshorst.

An all diesen Orten wirken Frauen und prägen unverwechselbar die Kulturangebote des Bezirks. Kreativ, einfallsreich, liebevoll, experimentierfreudig und innovativ erfreuen sie uns stets aufs Neue mit wunderbaren Ausstellungen und Veranstaltungen. Auch an der Spitze des Lichtenberger Museums in der Türschmidtstraße stand mehr als 30 Jahre eine Frau – Christine Steer. Sie ging jetzt in den wohlverdienten Ruhestand. Die Kultur im Bezirk hat sich dank dieser Frauen nicht

nur ein treues und stetig wachsendes Publikum verschafft, sondern auch einen anerkannten Platz in der Berliner Kunst- und Kulturszene. Wie meinte Kurt Tucholsky doch so treffend: „Es gibt keinen Erfolg ohne Frauen.“ Das gilt ganz besonders für Kunst und Kultur. *Katrin Framke*



Die Fotografin Silke Wenk gehört zu den Frauen, die Lichtenbergs Kulturlandschaft, „info links“ sowie die Website der Lichtenberger LINKEN mit ihren Fotos bereichern. *M. W.*

Buchtipps



Stresstest Deutschland

Politik und Medien preisen täglich die Leistungsfähigkeit Deutschlands und ermahnen uns im gleichen Atemzug, den Gürtel enger zu schnallen. Doch wie gut sind wir wirklich?

Jens Berger nimmt die Demokratiekrise, die Wirtschafts-, Finanz- und Gesundheitspolitik sowie Rente und Soziales unter die Lupe. Geht es uns tatsächlich gut, wenn es der Wirtschaft gut geht? Passt die schwäbische Hausfrau wirklich als Leitbild

für eine Volkswirtschaft? Wird Demokratie noch gelebt, oder ist sie zu einer hohlen Phrase verkommen? Und wer ist eigentlich der Souverän – die Banken oder das Volk? Sind die Medien noch ein „Sturmgeschütz der Demokratie“? Kann die Bewegung der Empörten ein Korrektiv sein?

Jens Bergers Stresstest für Deutschland kommt zu einem ernüchternden Ergebnis. Ein außergewöhnlich gutes Buch, weil hier die politische Analyse in umfassender Weise mit einer tragfähigen ökonomischen Analyse verknüpft wird.

(aus: www.nachdenkseiten.de)

- Jens Berger: „**Stresstest Deutschland. Wie gut sind wir wirklich?**“, Westend Verlag 2012, 240 Seiten, 16,99€, ISBN: 978-3-86489-002-4

info links

Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin
Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE
Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: (030) 512 20 47

Fax: (030) 51 65 92 42

E-Mail: lichtenberg@die-linke-berlin.de

Web: www.die-linke-lichtenberg.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion. Keine Haftung oder Abdruckgarantie für unverlangt eingesandte Beiträge.

Redaktionsschluss für Ausgabe 2/12: 5.3.2012

Die nächste Ausgabe erscheint am 12.4.2012

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 2.4.2012

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.

Kultur im Bezirk

- **Sonnabend, 10.3., 20 Uhr**
2 Orchester, 100 Frauen! Berliner Frauenorchester holz&blech und Frauenblasorchester Berlin; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36, Eintritt 10/7/5 €
- **Freitag, 16.3., 20 Uhr, Sonnabend, 17.3., 18 Uhr**
„Der Mond hat keinen Badestrand“ – RUDI's satireSTRAHlen; Zimmertheater in der KULTschule, Sewanstraße 43
- **Sonntag, 18.3., 16 Uhr**
Abschlusskonzert des Meisterkurses für Violine mit den Preisträgern und dem Neuen Sinfonieorchester; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
- **Freitag, 23.3., 20 Uhr, Sonnabend, 24.3., 18 Uhr**
„Icke, dette, kieke mal ...“, Berliner „in love“; (E. C. Kuczka, Morgenstern); Zimmertheater in der KULTschule, Sewanstraße 43
- **Freitag, 23.3., 19 Uhr**
„Reise durch den Untergrund der Städte. Architektur, Kultur und Konstrukt“, Lesung und Gespräch mit Nico Rollmann; studio im hochhaus, Zingster Straße 25
- **Sonntag, 25.3., 15.30 Uhr**
Das Puppentheater Parthier spielt: „Das Rübchen und andere Geschichten zum Großwerden“; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, Eintritt: 2,50 €
- **noch bis Mittwoch, 28.3.**
Ausstellung Malerei und Grafik: „Farbzone 4“, von Wilfried Habrich, Sibylle Meister, Almut Römer, Annette Selle; Galerie 100; Konrad-Wolf-Straße 99, geöffnet: Di. – Fr.: 10 – 18 Uhr, So. 14 – 18 Uhr; feiertags geschlossen
- **Freitag, 30.3., 20 Uhr, Sonnabend, 31.3., 18 Uhr**
„Die eine Rose überwältigt alles“, Lesung mit Musik – Hommage an Eva Strittmatter; Zimmertheater in der KULTschule, Sewanstraße 43
- **Sonnabend, 31.3., 18 Uhr**
„... und grüß mich nicht Unter den Linden“, musikalisch-literarischer Heinrich-Heine-Abend; Schloss Friedrichsfelde, Am Tierpark 125, Eintritt 19 €
- **Donnerstag, 5.4. – Mittwoch, 9.5.**
Ausstellung: „Schriftsatz – 40 Jahre der Schrift verschrieben“, von Hans-Jürgen Willuhn, Kalligrafie, und Klaus Rähm, Typografie; Galerie 100, Konrad-Wolf-Straße 99, Die Vernissage findet am 4.4., 19 Uhr statt.